

«Staatsmedien gibt es in China, hier nicht»

SP-Nationalrat Matthias Aebischer kämpft dafür, dass der Bund die Schweizer Medienunternehmen mit mehr Geld unterstützt.

Interview: Francesco Benini

Matthias Aebischer kommt von einer vierstündigen Kommissionssitzung in einem Luzerner Altstadtshotel. Das Glas Wasser auf dem Tisch rührt er nicht an. Der SP-Nationalrat hat eine Mission: Er will das Medienpaket retten, das von manchen totgesagt wird.

Sie setzen sich für das «Massnahmenpaket zugunsten der Medien» ein, über das die Stimmberechtigten im Februar befinden. Warum?

Matthias Aebischer: In den vergangenen 20 Jahren hat die Zahl der Medien in der Schweiz abgenommen. Die Medienvielfalt schwindet, was schlecht ist für ein demokratisches Land. Das Medienpaket verfolgt das Ziel, dass die Medienvielfalt in diesem Land nicht weiter abnimmt. Darum setze ich mich mit Verve dafür ein.

Mit dem Paket unterstützt der Bund Medienunternehmen finanziell. Die Medien sollten aber den Staat und das Wirken seiner Institutionen hinterfragen. Wenn sie vom Bund Geld bekommen, werden sie brav.

Die Gegner suchen nach Argumenten. Die Medien wurden schon bisher unterstützt: mit der indirekten Presseförderung, also der verbilligten Zustellung der Zeitungen. War denn die Presse bisher der verlängerte Arm des Staates? Nein. Zeigen Sie mir den Journalisten, der denkt: «Meine Zeitung wird verbilligt in die Briefkästen gebracht, also sollte ich behördennah schreiben.» Das ist absurd. Viele Journalisten wissen gar nicht, in welchem Ausmass der Bund die Zustellung unterstützt.

Der Slogan der Gegner lautet «Staatsmedien Nein».

Es gibt Staatsmedien in China, in Russland, aber nicht in der Schweiz. Mit dem Medienpaket ändert sich das Prinzip nicht.

Unter den Gegnern des Medienpakets sind unter

anderen die Coronamassnahmen-Skeptiker. Sie sagen, die Medien schrieben immer im Sinne des Bundesrats über die Pandemie.

Diese Stimmen höre ich. Dann wird das Schweizer Fernsehen scharf kritisiert, weil Coronaskeptiker am Sender unwidersprochen ihre Theorien ausbreiten können. Einmal ist diese Seite unzufrieden, dann die andere. So soll es sein in einer Demokratie mit unterschiedlichen Medientiteln.

Das zusätzliche Geld kommt mindestens zur Hälfte den grossen Schweizer Medienhäusern zu, die in den vergangenen Jahren zum Teil hohe Gewinne erzielt haben. Wie geht das zusammen?

Über den Verteilschlüssel wurde in der Kommission lange gekämpft. Ja, die grossen Medienhäuser erhalten Geld. Aber prozentual bekommen die kleinen Unternehmen mehr; sie werden bevorzugt. Ein Online-Medium, das in einem eher abgelegenen Gebiet arbeitet, wo eine sprachliche Minderheit wohnt, erhält sehr hohe Zuschüsse. Das stärkt den Zusammenhalt des Landes.

Ein grosser Teil des Pakets ist bestimmt für die Zustellung der gedruckten Presse. Damit betreibt man Strukturhaltung. Die Auflagen der gedruckten Zeitungen sinken seit Jahren.

Das stimmt. Aber es lesen immer noch Millionen von Menschen jeden Tag gedruckte Zeitungen. Wir sind in einer Übergangsphase. Darum wird einerseits die Frühzustellung der Zeitungen gestützt, andererseits gibt es Geld für Online-Bzahlmedien. Diese Verteilung wird dann überprüft und in sieben Jahren – wenn nötig – angepasst. So steht es im Gesetz.

In der Schweiz hat es in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine Medienkonzentration gegeben – viele Unternehmen sind von grösseren Konkurrenten übernommen worden. Dieser Trend lässt



SP-Nationalrat Matthias Aebischer will nicht, dass die Medienvielfalt in der Schweiz abnimmt. Bild: Eveline Beerkircher (Luzern, 26. Oktober 2021)

Darum geht es in der Abstimmungsvorlage

Bundesrat und Parlament wollen den Schweizer Medien helfen, den digitalen Wandel zu bewältigen. Hunderte von Millionen Werbegeldern, die früher als Inserateinnahmen in der Schweiz blieben, sind zu Google, Facebook und anderen, vor allem ausländischen IT-Konzernen, abgeflossen. Jetzt sollen die Schweizer Medien wie folgt unterstützt werden:

– **Indirekte Förderung.** Aufstockung von heute 50 auf 120 Millionen Franken. Es handelt

sich um Beiträge an die Post für die flächendeckende Zustellung von Tages-, Wochen- und Sonntagszeitungen sowie neu auch für die Frühzustellung.

– **Direkte Förderung.** Onlinemedien, die nicht gratis sind, können neu direkt unterstützt werden. Dafür sind 30 Millionen Franken vorgesehen. Gratisportale wie «Watson», «Blick» oder «20 Minuten» gehen leer aus.

Das Referendum führt zu einer Volksabstimmung am 13. Februar 2022.

Matthias Aebischer

Seit 2011 sitzt Matthias Aebischer, 54, für die SP im Nationalrat. Er ist Mitglied der Kommission, die sich mit Medienfragen beschäftigt. Aebischer absolvierte das Lehrerseminar in Bern, war Lehrer, wechselte aber bald zum Schweizer Radio und dann zum Fernsehen. Er arbeitete unter anderem für die «Tagesschau», den «Kassensturz» und den «Club». Aebischer hat vier Töchter; seine Partnerin ist die grünliberale Nationalrätin Tiana Angelina Moser.

sich mit staatlichen Subventionen nicht aufhalten.

Im Vergleich mit anderen Ländern gibt es in der Schweiz immer noch eine ansprechende Medienvielfalt. Ziel ist es, dass sie nicht weiter abnimmt – oder sogar zunimmt. Das Paket ist eine Voraussetzung dafür.

Warum sollen nur kostenpflichtige Online-Portale Zuschüsse erhalten, Gratisportale aber nicht?

Wir haben die verschiedensten Modelle angeschaut, die in anderen Ländern angewendet werden. Sollen Medien gefördert werden, die viele Klicks verzeichnen? Wir haben uns für eine andere Variante entschieden: Unterstützung erhält, wer Menschen davon überzeugen kann, dass sie für das Online-Medium bezahlen. Dieses Modell setzt auf Qualität, es ist administrativ einfach umzusetzen, und es ist stringent: Bei Print und Online werden Titel unterstützt, die Bezahlmodelle anwenden.

Hat man das Paket überladen mit der Presseförderung und der Unterstützung von Online-Medien? Wäre eine Trennung nicht besser gewesen?

Das Paket ist ausgewogen mit seinen drei Teilen: Verbilligte Frühzustellung der Zeitungen, Unterstützung von Online-Medien und Förderung der Journalistenaus-

bildung und Nachrichtenagenturen. Ein ideales Modell gibt es nicht. Aber mir scheint, dass der Ansatz fair ist. Er bietet Gewähr dafür, dass die Medien der strukturellen Krise trotzen können.

Das Medienpaket ist auf sieben Jahre befristet. Das ist Augenwischerei. Werden Subventionen gesprochen, streicht man sie später nicht.

Nach vier Jahren gibt es eine Überprüfung: Funktioniert das Gesetz? Hilft es den richtigen Medien? Ist die Summe, die eingesetzt wird, angemessen? Braucht es andere Hebel? Ein solches Vorgehen ist zweckgemäss.

Wäre es nicht wichtiger, die Medienunternehmen erhaltene Geld von Google und Facebook? Diese verdanken ihre hohen Gewinne teilweise den Inhalten der Medienhäuser. Leistungsschutz statt Staatssubventionen.

Natürlich ist es richtig, dass die Tech-Giganten für die Übernahme von Inhalten aus Medientiteln bezahlen müssen. Es kommen nun ermutigende Signale aus der EU, aber wir stehen hier noch am Anfang. Wir können nicht so lange warten, bis sich der Leistungsschutz in der EU und somit auch in der Schweiz durchsetzt. Das braucht noch etwas Zeit.

Ist die Abstimmung zu gewinnen, wenn das bürgerlichen Lager nicht mitzieht?

In unserem Komitee sind auch bürgerliche Politikerinnen und Politiker aus der FDP, aus der Mitte-Partei und den Grünliberalen. Um was geht es? Die Bewohnerinnen und Bewohner dieses Landes sollen weiterhin wählen können: Wollen sie sich aus der NZZ informieren oder aus einem Lokaltitel? Papier oder Online? Wird das Gesetz abgelehnt, ist die Medienförderung für längere Zeit auf Eis gelegt. Will man das? Will man, dass die Medienvielfalt weiter abnimmt? Daran kann niemand interessiert sein. Ich bin überzeugt, dass die Stimmberechtigten dem Medienpaket zustimmen werden.

Impfskeptiker setzen auf Entwurmungsmittel für Pferde

Gegner des Covid-Zertifikats sehen das Medikament Ivermectin als Alternative zur Impfung. Illegale Importversuche nehmen zu.

Es taucht immer wieder als angebliches Wundermittel zur Prävention und Behandlung von Covid-19 auf: Ivermectin, ein Entwurmungspräparat, das seit mehr als dreissig Jahren in der Human- und der Tiermedizin zum Einsatz kommt.

Besonders in impfskeptischen Kreisen wird viel über die angeblich überragende Wirkung von Ivermectin gesprochen. In den USA ist ein regelrechter Hype entstanden – mit teilweise absurden Folgen. Vereinzelt verlangten Tierarztpraxen einen Nachweis, dass Personen, die Ivermectin beziehen wollten, tatsächlich ein Pferd besitzen. Hintergrund dieser Auswüchse

war ein merklicher Anstieg der Versuche von impfskeptischen Personen, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen an das Entwurmungsmittel zu gelangen.

«Ihr seid keine Pferde. Ernsthaft. Hört auf damit»

Das Problem nahm eine Dimension an, welche die nationale Arzneimittelbehörde FDA zum Handeln zwang: «Ihr seid keine Pferde. Ihr seid keine Kühe. Ernsthaft. Hört auf damit», schrieb die FDA auf Twitter.

In jüngster Zeit wird auch in impfskeptischen Kreisen in Europa verstärkt über die angebliche segensreiche Wirkung des Entwurmungsmittels diskutiert.

In Österreich hat sich Herbert Kickl, Parteichef der rechtspopulistischen Oppositionspartei FPÖ, letzte Woche für einen verstärkten Einsatz von Ivermectin bei der Behandlung von Covid-19 ausgesprochen.

Der Hype um das vermeintliche Wundermittel hat auch die Schweiz erreicht. In den vergangenen Wochen ist verstärkt davon die Rede in den internen Kommunikationskanälen von Impfskeptikern und Gegnern des Covid-19-Gesetzes, über das am 28. November abgestimmt wird. Eine weitverbreitete These: Politik und Behörden würden eine Zulassung von Ivermectin verhin-

dern, um die fortschreitende Impfkampagne nicht zu gefährden.

Für das Mittel werben auch prominente Köpfe der Zertifikatsgegner. Einer davon ist der emeritierte Bankenprofessor Martin C. Janssen. Er engagiert sich gemeinsam mit Rahel Blocher, Tochter des früheren SVP-Bundesrats, mit dem Verein «Gesund und frei» im Abstimmungskampf. Auf Twitter wirft Janssen «den Politikern» vor, es gehe ihnen nicht um den Schutz der Intensivstationen. Stattdessen würden sie «alles unternehmen, damit die Menschen nicht zu Hause gesund können». Deshalb könnten Mittel wie

Ivermectin in der Schweiz nicht gekauft werden.

Zoll fängt mehr illegale Arzneimittelsendungen ab

Tatsächlich ist Ivermectin in der Schweiz nicht zur Behandlung von oder zur Prävention gegen Covid-19 zugelassen. Das scheint einige nicht davon abzuhalten, sich Zugang dazu verschaffen zu wollen. Wie die Heilmittelbehörde Swissmedic auf Anfrage mitteilt, hat die Eidgenössische Zollverwaltung in den letzten Wochen bei Kontrollen mehr illegale Arzneimittelsendungen entdeckt und an Swissmedic weitergeleitet: «Darunter sind auch illegale Arzneimittelpimporte mit

Medikamenten gegen Würmer und andere Parasiten mit dem Wirkstoff Ivermectin.»

Zur Anwendung in der Humanmedizin kommt der Wirkstoff Ivermectin bei parasitären Krankheiten wie der Krätzmilbe und relativ neu auch bei Rosazea. Der Zuger Rudolf Hauri, Präsident der Vereinigung der Kantonsärzte, stellt klar: «Für den Nachweis einer Wirksamkeit bei der Behandlung von Covid-19 fehlen seriöse Grundlagen.» Vor einer Anwendung auf eigene Faust sei dringendst abzuraten: «Das kann gesundheitlich äusserst gefährlich sein.»

Christoph Bernet